Abend-Ausgabe

71. Jahrgang. № 75 — Montag, 14. Februar 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Februar 1927 monatlich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 20 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Ofertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schanghai von den Engländern besetzt.

Einmarsch zweier englischer Regimenter. — Freudige Kundgebungen der Europäer.

Englische Kritik am Coolidge-Memorandum. — Graf Westarp über den Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett.

Keine Zwischenfälle.

(Durch Funkspruch.)

Schanghai, 14. Febr. (Reuter.) Zum ersten Male seit dem Boxeraufstande sind europäische Truppen heute hier gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen von Schanghai. Der Marsch, der über eine Strecke von insgesamt 5 Meilen Länge zu den vorgesehenen Quartieren ging, hatte riesige Menschenmassen angezogen. Die Truppen wurden von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen. Die chinesischen Kaufleute begrüßten ihr Erscheinen mit sichtlicher Erleichterung. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. (W. T. B.)

Englandfeindliche Propaganda in Hongkong.

London, 14. Febr. Wie Reuter berichtet, hat in Hongkong eine neue antibritische Boykottbewegung eingesetzt. Chinesische Soldaten jenseits der britischen Grenze bei Shanchun verteilen Flugblätter mit den Schlagworten „Nieder mit dem britischen Imperialismus, der Hongkong zu einer öden Insel macht". Außerdem wird ein mit einem Schilde versehenes chinesisches Plakat verteilt, das Lenin als den Vater des Kommunismus und den Lebensstern aller derjenigen Rassen bezeichnet, die vom Imperialismus erobert seien.

Englisch-chinesische Einigung über die Hankau-Konzession.

London, 14. Februar. Aus japanischer Quelle wird hiesigen Morgenblättern gemeldet, daß Tschen und O'Malley am Sonntag zu einem Einvernehmen über die Hankau-Konzession auf der von Chamberlin im Unterhause angedeuteten Grundlage der Schaffung einer gemischten chinesisch-europäischen Gemeindeverwaltung und gleicher Besteuerung aller innerhalb des Konzessionsgebietes lebenden Chinesen und Engländer gekommen seien.

Eine politische Schule für Chinesinnen.

London, 14. Februar. „Times" meldet aus Hankau, daß dort Sonnabend ein politisches Ausbildungsinstitut für Frauen von der Witwe Sunjatsens eröffnet wurde. In ihrer Rede führte sie aus, das moderne China verlange, daß Frauen nicht nur gute Mütter, sondern auch gute Bürgerinnen seien. Die Revolution werde nicht vollendet werden, wenn die Frauen nicht befreit werden. Sie erklärte: **„Diese Schule ist eine militärische Vorbereitungsschule für Frauen"**, und fuhr fort, der Kampf beschränke sich nicht auf China, sondern berühre die ganze Welt. **Es sei daher notwendig, daß die chinesischen Frauen am Kampfe für die Freiheit aller unterdrückten Völker teilnehmen.** Laut „Times" waren alle Minister der nationalistischen Regierung auf der Tribüne. Merkwürdigerweise seien die russischen Ratgeber der Regierung nicht anwesend gewesen und es seien keine Aeußerungen gegen England gefallen.

Kongreß gegen koloniale Bedrückung.

Brüssel, 13. Februar. Der Kongreß gegen koloniale Bedrückung hielt heute abend unter Vorsitz Mohammed Hattas (Niederländisch Indien) eine Sitzung ab. **Fimmen**, der Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft, erklärte, daß ein **Generalstreik zugunsten Chinas** im Augenblick unmöglich sei, weil nicht die nötigen Vorbereitungen getroffen seien. Aber dennoch müsse der Generalstreik durch eifrige Propaganda und durch die Bildung einer Einheitsfront aller weißen, gelben und schwarzen Arbeiter vorbereitet werden. **Ledebour** antwortete Fimmen und sagte, der Kongreß müsse wenigstens beschließen, daß die Arbeiter jeden Truppen- und Munitionstransport nach China verhindern sollten. Der Präsident entzog Ledebour das Wort, der nicht auf der Rednerliste des Abends stand. Ledebours Protest blieb erfolglos. Darauf sprach Miß Wilkinson, eine englische Delegierte, die erklärte, **die englischen Arbeiter könnten sich jetzt weder einen Generalstreik noch einen Transportarbeiterstreik leisten** und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Niederlage der Bergarbeiter und die Tatsache, daß drei Millionen Arbeiter beschäftigungslos seien. (TU.)

Der polnisch-deutsche Konflikt.

Kann es eine Umkehr in der polnischen Politik geben? — Angeblicher Rücktritt des Kattowitzer Woiwoden. — Die Scheu vor der Verantwortung. — Die schlechtesten Aussichten für eine spätere Einigung.

(Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter.)

Kattowitz, 14. Februar.

Die **Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen** hat **in Polen eine Stimmung** heraufbeschworen, wie sie **nationalistischer nie zuvor** war. Mit ebensolcher Kürze wie Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden: **Auch in der nächsten Zukunft erscheint es unmöglich, zu einer Einigung zu kommen.** Der Versuch, durch den deutschen Gesandten in Warschau direkte Verhandlungen zunächst über die Frage der Ausweisungen herbeizuführen, ist wirklich nichts mehr als ein Versuch, dem jede Bedeutung fehlt, und der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Er muß einfach deshalb scheitern, weil sich Polen zu sehr in seinem Uebernationalismus festgelegt hat und aus der Sackgasse der Entdeutschungspolitik nicht heraus kann. Würde Polen Deutschland befriedigende Konzessionen auf dem Gebiete der deutschfeindlichen Ausweisungen machen, dann müßte es sich in seiner gesamten Minderheitenpolitik umstellen.

Der ganze Verwaltungsapparat in Ostoberschlesien ist auf die beschleunigte Entdeutschung eingestellt.

Vom obersten bis zum untersten Beamten hat man nur den einen Wunsch, das Land um jeden Preis zu polonisieren, die deutschen industriellen Leiter zu vertreiben und an ihre Stelle landfremde Persönlichkeiten zu setzen. Ja, eine Abteilung der hiesigen Woiwodschaft füllt ihre Zeit überhaupt nur mit dieser Arbeit aus.

Nun hieß es am gestrigen Sonntag, daß **ebenso wie der** Vizepremier wegen seiner ergebnislosen Kampagne in der weißrussischen Frage zurücktreten solle, auch **der Kattowitzer** Woiwode wegen seiner verunglückten Ausweisungspolitik von seinem Posten verschwinden soll. Es wurde auch mit aller Bestimmtheit der oberschlesische Führer der polnischen Sozialdemokratie, der Abg. Winiczkewicz, als neuer Woiwode genannt. Nur die schlechtesten Kenner des Landes könnten glauben, daß mit einer solchen Ernennung, wenn sie Tatsache werden sollte, eine Abkehr von der nationalistischen Verhetzungspolitik verbunden wäre. **Denn hinsichtlich der Deutschfeindlichkeit gibt es zwischen der polnischen Rechten und der polnischen Sozialdemokratie keinen Unterschied.** Gerade der jetzt als der zukünftige Mann genannte Abgeordnete hat mit Korfanty während des dritten Polenaufstandes gemeinsam in der Exekutive gesessen und alle jene drakonischen Maßnahmen mit unterschrieben, die in jener Schreckenszeit erlassen wurden.

In allen Abstimmungen gegen das Deutschtum trat die polnische Sozialdemokratie wacker an die Seite der polnischen Reaktion, unbekümmert um das Parteiprogramm, das auch so etwas wie einen Minderheitenschutz vorsieht.

Und erst in den letzten Tagen haben die Anhänger des genannten Abgeordneten den Führer der deutschen Sozialdemokratie, den Abgeordneten Kowoll, ohnmächtig geprügelt und in diesem Zustande aufs Straßenpflaster geworfen. Die polnischen Massen sind auch durch die jahrelangen Umtriebe viel zu fanatisiert, als daß ein einzelner Mann, selbst wenn er von den besten Absichten beseelt wäre, hier in absehbarer Zeit eine Wandlung herbeiführen könnte. Das erkennt auch der gewiß unverdächtige deutsch-sozialistische „Volksw." an, wenn er heute sagt: „Hier in Polen hat der Uebernationalismus einen Schaden angerichtet, der sich selbst mit den besten sozialistischen Absichten nicht wird beseitigen lassen. Die nationalistischen Kreise wollen keine Verständigung mit Deutschland, das als der Erbfeind Polens dargestellt wird." Auch die jüngste für das Ausland berechnete Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bartels kann über die Ablehnung einer jeden Annäherung nicht hinwegtäuschen. Ein kleines Beispiel: Der Zufall will es, daß gerade in den letzten Tagen der Warschauer Kultusminister in Ost-Oberschlesien weilte, und er hätte viel zur Verständigung der beiden Völker beitragen können, wenn er hätte lernen wollen. Er lehnte ein Studium der entscheidenden Fragen der deutschen Minderheit ab und schloß demonstrativ die deutschen Zeitungsvertreter von einem allgemeinen Presse-Empfange aus! Es ist schließlich auch nicht richtig, daß die neue Komplikation in den deutsch-polnischen Beziehungen lediglich durch die Ausweisung von vier Direktoren hervorgerufen wurde. Diese vielerörterte jüngste Ausweisung war vielmehr nur ein bescheidenes Glied in der langen Kette von ähnlichen Vorfällen der letzten Monate und Jahre. Wenn man in Warschau trotzdem auf diese angeblich einzige Ursache der Komplikation hinweist, so ist hierbei allein die Scheu vor der Verantwortung maßgebend, schon mit Rücksicht auf die schwebenden polnischen Anleiheverhandlungen.

Selbst wenn es nach längerer oder kürzerer Zeit zu neuen Verhandlungen zwischen den beiden Nachbarn kommen sollte, **sind die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages denkbar gering.** Obwohl z. B. selbst die „Rzeczpol." erst kürzlich in ihrem Handelsteil mit einiger Gründlichkeit nachgewiesen hatte, daß Polen durch den Zollkrieg erheblich mehr Verluste gehabt hat als Deutschland, schreibt das gleiche Warschauer Blatt heute in seinem politi-

Westarp über die Aufgaben des Kabinetts.

Deutsche Politik im Völkerbunde!

Warum die Deutschnationalen ins Kabinett eintraten.

Schneidemühl, 13. Febr. Auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, Grenzmark Posen-Westpreußen, hielt **Graf Westarp** eine Rede, in der er auf die Bildung der neuen Regierung einging und zur Außenpolitik ausführte, die Verträge von Locarno, Genf und Thoiry seien gegen den Willen der Deutschnationalen abgeschlossen worden, die von ihrer Kritik nichts preisgeben würden. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seien aber vollendete Tatsachen geschaffen worden und die Deutschnationalen müßten auf die Durchführung dieser Politik von Locarno und Genf Einfluß gewinnen. **Die Deutschnationalen seien für eine Politik der Verständigung, sie müsse aber gegenseitig sein.** Vor Abschluß der Verträge von Locarno und Genf hätte man Vorleistungen von der Gegenseite verlangen müssen. Jetzt müsse auf Rückwirkung gedrungen werden. Vor allem sei der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge aufzunehmen. Durch Locarno seien wir nicht weitergekommen. Aber trotzdem scheuten sich die Deutschnationalen nicht, die Verantwortung zu übernehmen. Auch im Völkerbund müsse von uns deutsche Politik getrieben werden.

Die nächste praktische Aufgabe sei die Durchführung der Forderung der Räumung des Rheinlandes. Deutschland habe einen Rechtsanspruch hierauf, da alle Forderungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. Bezüglich des Ostens sagte Graf Westarp, die Ostgrenze sei nicht gleich der Westgrenze garantiert, und darf nicht garantiert werden. Der Korridor und die Teilung Oberschlesiens seien unmöglich. Die Aufgabe, die Reichswehr zu schützen, habe die Deutschnationalen mit veranlaßt, in die Regierung einzutreten. Durch ihren Eintritt in die Regierung ohne Preisgabe ihrer inneren Ueberzeugung von der Staatsform sei **die monarchistische Bewegung gewissermaßen in der Republik hoffähig geworden.** Graf Westarp schloß mit der Hoffnung, daß die neue Regierung einem Fortschritt für Volk und Vaterland bedeuten möge. — In einer Entschließung wurde dem Grafen Westarp das Vertrauen der Partei ausgesprochen.

Die Zentrums-Tagung vom Sonntag.

Berlin, 14. Febr. Ueber die gestrige Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums ist noch zu melden: **Reichsarbeitsminister Dr. Brauns** schilderte im einzelnen die sozialpolitischen Aufgaben, die die neugebildete Regierung zu lösen haben werde, und legte besonders Wert auf die Erledigung des Arbeitszeitgesetzes und die Frage des Achtstundentages. — **Abg. Klöckner** referierte über die Arbeiten des seinerzeit in Erfurt eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Frage einer Reform des Wahlrechtes. — **Abg. Kaas** sprach über Deutschlands Außenpolitik, wobei er insbesondere die Behauptung zurückwies, als ob kirchliche Kreise auf die Bildung der Regierung irgendwie eingewirkt hätten.

Unter allgemeiner Spannung nahm in der Debatte **Dr. Wirth** das Wort, um seine bisherige Haltung insbesondere bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum zu rechtfertigen. Er sagte, daß er vor seinem Gewissen verpflichtet gewesen sei, dieser Regierung das Vertrauen zu verweigern.

Nach Wirth sprach **Reichskanzler Dr. Marx**. Er betonte, daß die Fraktion gerade von den entschiedensten Republikanern in der Zentrumspartei bei der Regierungsbildung in Stich gelassen worden sei. Es sei Aufgabe der gesamten Zentrumsfraktion, einmütig dazu beizutragen, daß auch in der jetzigen Regierung ersprießliche Arbeit zum Wohle der Republik und des Vaterlandes geleistet werde. **Im übrigen wurde im Parteiausschuß die Frage der Abstimmung Dr. Wirths nicht mehr behandelt.**

Dr. Külz über die politische Lage.

Am Sonntag sprach Reichsminister a. D. Dr. Külz im Dresdner Verein über aktuelle Fragen der Reichspolitik. Er betonte besonders die Notwendigkeit einer größeren Kontinuität der Außenpolitik und der Gesetzgebung. Das Kabinett der Mitte sei ohne zwingenden Grund gestürzt worden. Der Reichstag habe das Kabinett gestürzt und sei dann auf fünf Wochen in die Ferien gegangen. Ein solches Verfahren sei geeignet, den Parlamentarismus in schwersten Mißkredit zu bringen. Es sei in höchstem Grade verhängnisvoll, daß die gesetzgeberischen Arbeiten einer Regierung jeden Augenblick durch eine Regierungskrisis unterbrochen und wertlos gemacht werden können. Eine stärkere Sicherung nach dieser Richtung sei vielleicht zu erreichen durch eine Bestimmung, wonach eine neue Regierung einmal bei ihrem Amtsantritt und dann in jedem Jahre einmal bei der Beratung des Haushaltplanes durch das Vertrauen des Parlaments zu fordern habe und durch einfachen Mehrheitsbeschluß gestürzt werden kann. Für alle anderen Mißtrauensanträge müsse eine Zweidrittelmehrheit verlangt werden.

Der Minister ging dann auf eine Reihe von gesetzgeberischen Arbeiten ein, die in seinem Ressort durchgeführt oder vorbereitet worden sind. Das vielbekämpfte Jugendschutzgesetz sei auf einmütiges Verlangen der Gesamtorganisation der Jugendverbände, auch der sozialdemokratischen vorgelegt worden. Es entspreche im übrigen der Forderung des Artikels 118 der Reichsverfassung. — Die Ausführungen des Ministers fanden allgemeine Zustimmung.